



BIA Nürnberg



...die deutsche Kraft für Nürnberg!



NACHRICHTEN

(Nr. 2/ 2018)

NÜRNBERG - Aktuelles aus Stadt und Rathaus - Ausgabe 51
BIA-Nachrichten - Das deutsche Stadtblatt - für Volk und Heimat
www.bia-nuernberg.de ePost: bia-nuernberg@gmx.de

Debattieren
Sie mit uns:



Bürgertelefon
0160/98232072

Wie sicher ist Nürnberg?

BIA fordert Schutz der Bürger!

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen.

Dass dies in Deutschland nicht mehr uneingeschränkt der Fall ist, zeigt die Entwicklung der Gewaltkriminalität vor allem auf den Straßen und Plätzen, wie erst kürzlich in Chemnitz geschehen. Insbesondere geht auch von den sogenannten "Flüchtlings" eine immer größere Gefahr aus. Diese sind überproportional an der Kriminalitätsentwicklung beteiligt, bundesweit und auch in Nürnberg. Hierbei gilt es Niemand unter Generalverdacht zu stellen, aber die kriminellen und gewalttätigen "Zuwanderer" müssen festgesetzt und ausgewiesen werden. Die BIA fordert deshalb von der Stadtverwaltung und den beteiligten Behörden ein striktes Durchgreifen und Umsetzen der zu treffenden Maßnahmen zum Schutz der Bürger.

Bereits zum letzten "Sicherheitsbericht" der Polizei im Stadtrat haben wir folgendes dort ausgeführt:

"Es kann gar keinen Zweifel geben, dass die Polizei ihr Möglichstes unternimmt, um die Bürger entsprechend zu schützen und Straftaten aufzuklären. Dafür spricht auch die gestiegene Aufklärungsquote von 66,6 %. Hierfür gebührt ihr die Anerkennung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger.

Dass dieser Einsatz notwendig ist, zeigt die Zahl der verübten Straftaten von 43 750 im letzten Jahr, das heißt jeden Tag werden in unserer Stadt rund 120 Straftaten begangen und Bürger geschädigt.

Neben den Betrugsdelikten ist es vor allem die Straßenkriminalität, immerhin auch 2017 wieder 7896 registrierte Fälle, die in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommen wird und das Sicherheitsgefühl der Bürger beeinträchtigt.

Insbesondere als bedrohlich wird nach wie vor die Situation rund um den Hauptbahnhof angesehen, wo ja auch die meisten dieser Delikte passieren. Dies umfasst ein Gebiet, das sich von der Südstadt bis in die Lorenzer Altstadt hineinzieht. Das ist umso bedauerlicher, da der Weg vom Hauptbahnhof Richtung Lorenzkirche der Hauptzugangspfad auch für Touristen und Gäste in die Nürnberger Innenstadt ist und dies dann einen entsprechenden Eindruck hinterlässt. Bereits im Hauptbahnhof lungern unzählige Nichtbahnreisende mit unklaren Absichten herum, was sich dann in der Königstorpassage und dem Ausgang zur Königsstrasse fortsetzt. Es ist erfreulich, dass in letzter Zeit einige Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühles getroffen wurden, die zumindest etwas Wirkung zeigen. Nicht verständlich ist, dass man es überhaupt zu dieser Situation hat

kommen lassen. Und erst als es fast zu spät war, wurde reagiert. Wir würden uns wünschen, dass das erlassene nächtliche Alkoholverbot dort auf ganztags ausgedehnt wird und die Polizeipräsenz sich durch Fußstreifen in dem gesamten Bereich erhöht.

Der Einsatz von Videoüberwachung schreckt Kriminelle dagegen kaum ab, führt jedoch zur besseren Ergreifung von Tätern und ist deshalb ebenso weiter auszubauen. Das angelaufene Ausbauprogramm der Videoüberwachung in den U-Bahnhöfen wird von uns unterstützt und sollte zügig fortgeführt werden. Ebenso begrüßen wir die Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes, wie wir es am 8.10.2002, also vor über 15 Jahren, erstmals forderten und damals kein Gehör fanden, auch

nicht bei der CSU, die sich jetzt als Erfinder dieser Idee hinstellt. Dass dieser Dienst jetzt ADN (Außendienst Nürnberg) heißt ist zweitrangig, wichtig ist das er kommt, Wirkung zeigt und dann weiter ausgebaut wird. Es soll dabei nicht in den Wirkungsbereich der Polizei eingreifen, sondern diese so entlasten, dass sie sich auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren kann.

Ein besonderes Augenmerk richten wir natürlich auch in diesem Jahr auf die Ausländerkriminalität, welche die Kriminalitätsentwicklung weiter in fast allen Bereichen verstärkt, insbesondere auch durch die neueren Zuwanderer. Beträgt der Ausländeranteil in Nürnberg insgesamt 20,9 % der Bevölkerung, ist der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen an den Straftaten 44,6 %. Markant ist hierbei der steigende Anteil der Zuwanderer.

>> Fortsetzung S.2





Fortsetzung "Armut in Nürnberg"

(...)
vorgeschieben und politisch entgegengesteuert wird. Man kann nicht in einem gut geheizten Haus sämtliche Türen öffnen, immer mehr Leute hereinlassen und bei der zwangsläufig dann folgenden Abkühlung die Heizung immer mehr aufdrehen. Immer mehr Deutsche müssen im Niedriglohnsektor arbeiten - ohne Chance auf Transferleistungen oder Vergünstigungen wie z.B. den "Nürnberg-Pass".
Diese Haushalte sind durch die ständigen Erhöhungen der Gebühren und Abgaben in Nürnberg besonders betroffen. Diesen Familien wird mit der laufenden Erhöhung der Kita-, Kindergarten- und Hortplatzgebühren die kulturelle Teilhabe verweigert, sodass Tiergarten- oder Bäderbesuche kaum erschwinglich geworden sind.
Ein weiteres Problemfeld für die Zukunft ist die Altersarmut, durch die immer mehr unzureichenden Renten. Ich sage es ganz klar: Es ist für einen selbsternannten Welt-"Sozialstaat" eine Schande, wenn immer mehr alte Bürger Flaschen sammeln und zu den sogenannten "Tafeln" gehen müssen, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Hier müssen sich natürlich die Kommunen mit den politischen Versäumnissen der Bundes- und Landespolitik befassen und in ihrem Wirkungskreis das Mögliche tun.

Für Nürnberg kann dies nur bedeuten:

- **Das weitere Bevölkerungswachstum der Stadt durch Zuwanderung in das "soziale Netz" stoppen.**
- **Stopp für Gebühren- und Abgabenerhöhungen**
- **günstige ÖPNV-Angebote weiter ausbauen.**
- **Die Leistungen des "Nürnberg-Passes" erweitern.**
- **Den lange Jahre vernachlässigten sozialen Wohnungsbau für einheimische Bürger fördern. Obdachlosigkeit verhindern!**
- **Großzügige Kostenübernahme in der Kinderbetreuung bei Bedarf, nicht nur für SGB II-Bezieher.**
- **Bildung + Teilhabe fördern u. verstärkte Angebote für Senioren.**

Die neue Armut zu bekämpfen muss ein zentrales Thema auch der kommunalen Politik sein. Dafür braucht es den politischen Willen aller Verantwortlichen.

Ralf Ollert, StR & BIA-Gruppensprecher

Europa ist nicht die EU

Ein "Europabericht" darf natürlich auch im Nürnberger Stadtrat nicht fehlen.
Diesen haben wir natürlich zum Anlass für eine Stellungnahme genommen um unseren Standpunkt deutlich zu machen.
Wichtig ist für uns die Unterscheidung

zwischen Europa und der Institution EU, was nicht gleichgesetzt werden darf.

Zweifellos bietet die europäische Zusammenarbeit vielfältige Chancen für die Wirtschaft und die Bürger dieser Stadt, die geographisch und in ihrer wirtschaftlichen historischen Bedeutung als zentrale Handelsstadt und Schauplatz historischer Ereignisse, wie dem Dreißigjährigem Krieg, eine bedeutende Rolle in Europa einnimmt. Dieser Stellung gerecht zu werden, ist eine bleibende verantwortliche Verpflichtung und Aufgabe auch für die Zukunft. Das Europabüro der Stadt Nürnberg kann hier eine wichtige Funktion einnehmen.

Leider hat sich die sogenannte EU in eine destruktive Richtung entwickelt. Zwar ist Europa durch eine Vielzahl von Institutionen und gemeinsamer Gremien miteinander verbunden, aber die Interessenslagen gehen doch immer mehr auseinander. Die EU steht nicht mehr für das Zusammenwachsen des Kontinentes, sondern vielmehr für negative Attribute wie Bürokratie, Bevormundung, Migrationströme, ungerechte Lastenverteilung und Missachtung nationaler Interessen. Vor allem die EU-"Flüchtlings"-Politik wird von der übergroßen Mehrheit der Mitgliedsstaaten abgelehnt.

Was 1951 mit der "Montanunion" begann und 1957 mit der "Europäischen Wirtschaftsunion (EWG)" von 6 Mitgliedsstaaten Mitteleuropas ausgestaltet wurde, ist inzwischen zu einem Moloch von 28 Mitgliedsstaaten geworden mit unterschiedlichsten Interessenlagen und Sozialstandards. Zusammengehalten wird das Ganze durch einen Finanztransfer, der vielen Mitgliedern zugute kommt und von einigen wenigen finanziert wird. So

zahlt Deutschland den mit Abstand höchsten Nettobeitrag von fast 13 Milliarden Euro jährlich, als "Melkkuh" der Union. Mit dem Ausscheiden von England dürfte sich dieser Betrag noch einmal wesentlich erhöhen. Von 1991-2011 betragen die deutschen Zahlungen rund 200 Milliarden Euro netto, was 45 Prozent aller Nettobeiträge ausmacht.

Es ist also nur zu begrüßen, wenn wir hier in Nürnberg möglichst viele Fördergelder aus den EU-Zuschüssen abruben, da es ohnehin unsere Steuergelder sind. Die EU entwickelt sich zusehends zu einem kommissarisch statt demokratisch geführten Zentralstaat unter dem angestrebten Wegfall der nationalen Souveränitäten.

Dabei wird Russland als zentrale europäische Macht in aller Regel nicht miteingebunden. Wir hier in Nürnberg, wo sich nach 1990 viele Volksdeutsche aus Russland angesiedelt haben, könnten hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, im Rahmen von Städtepartnerschaften und kommunalen Kooperationen. Diese bislang vermissten Akzente, sollte das Europabüro leisten und hierfür wünschen wir gutes Gelingen.



StR Fridrich Luft

Öffentliche Stadtratssitzungen
2. Halbjahr 2018:

Sitzungen des Stadtrates im Großen Sitzungssaal, Rathaus am Fünferplatz 2, jeweils mittwochs:
19.9. (ab 15 Uhr), 17.10. (ab 15 Uhr), 12.12. (ab 15 Uhr), 22.11. (Haushaltsberatungen ab 9 Uhr)

BÜRGERINITIATIVE-A (BIA) e.V.

für Nürnberg

Die BIA ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Sie will einen freiheitlich-demokratischen deutschen Rechtsstaat durchsetzen. **Wir werden den Niedergang unserer Stadt beenden!**



Mitgliedsantrag

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon geb.

e-Mail

www.bia-nuernberg.de

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in dem Verein "Bürgerinitiative A (BIA)"

Gebührenordnung der BIA

1. Aufnahmegebühr: Die Aufnahmegebühr beträgt 5,- Euro einmalig.
2. Mitgliedsbeitrag: Der Mitgliedsbeitrag beträgt 5,- Euro jährlich und ist am Beginn jedes Jahres fällig bzw. sofort bei Aufnahme in den Verein.

Ich erkenne die Satzung und die Beitragsordnung an (beide sind online einsehbar und auch anforderbar).

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie den Aufnahmeantrag an: Bürgerinitiative A (BIA) e.V., Postfach 610106, 90221 Nürnberg

Unsere Heimat Nürnberg schützen -

>> Fortsetzung von S. 1

Dies ist, meine Damen und Herren, ein Zustand der so nicht hingenommen werden kann und politische Konsequenzen verlangt. Natürlich sind vor allem die Bundes- und Landesbehörden hier in der Pflicht. Es ist aber auch die Aufgabe der städtischen Verwaltung bei den Maßnahmen tatkräftig mitzuhelfen und zu unterstützen, kriminelle Ausländer möglichst schnell abzuschieben und weiteres Unheil zu verhindern. Wir haben leider nicht den Eindruck, dass dies mit allem Nachdruck geschieht.

Vor allem haben wir auch kein Verständnis, wenn diese Problematik kleingeredet oder gar verschwiegen wird, sei es durch die örtliche Links-Presse, hier im Stadtrat oder leider auch durch die Polizeiführung, die es sicher besser weiß. Ein trauriges Beispiel: Als im letzten Dezember ein Mann aus Kamerun eine zufällig vorbeikommende Rentnerin in St. Leonhard regelrecht ansprang und lebensgefährlich verletzte, wurde darüber kaum berichtet und es regte sich von offizieller Seite keinerlei Empörung. Nur weil die-

se Szene zufällig von einem Haus aus gefilmt wurde, haben durch youtube über 300 000 Nutzer Kenntnis davon erlangt. Die ältere Frau wurde erst kürzlich nach Monaten aus dem Krankenhaus entlassen. So etwas ist nicht akzeptabel. So etwas wollen wir nicht hinnehmen.



Es muss das erstrebenswerte Ziel aller Verantwortlichen der Politik und der Sicherheitsbehörden sein, dass man sich als Bürger jederzeit ungehindert auf unseren Strassen und Plätzen sowie in den öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen kann, ohne Angst haben zu müssen Opfer eines Verbrechens oder ein Straftat zu werden. Genauso wie natürlich in den Wohnbereichen. Darauf ist mit aller Kraft hinzuwirken."

BIA gegen Fahrpreiserhöhungen!

In der Stadtratssitzung am 4.7.18 wurden die Fahrpreise der VAG erneut durch Ratsbeschluss mit Wirkung zum 1.1. 2019 erhöht. Es bleibt damit bei der jährlichen Tarifanhebung.



Wie auch in den Jahren zuvor, haben sich die beiden Stadträte der BIA, Fridrich Luft und Ralf Ollert, entschieden gegen diese Tarifierhöhung ausgesprochen und einen eigenen Antrag in die Sitzung eingebracht, der dann abgelehnt wurde.

Wir haben gefordert:

1. Die geplante Erhöhung der VAG-Fahrpreise zum 1. Januar 2019 wird ausgesetzt.
2. Es wird von der VAG/VGN in Zusammenarbeit mit den politischen Gremien ein Konzept erarbeitet und vorgelegt, wie ein Ausstieg aus den regelmäßigen Tarifierhöhungen umgesetzt werden kann. Dabei muss die Attraktivität des ÖPNV weiter

gesteigert werden.

Begründung: Seit dem Jahr 2000 werden die Fahrpreise gemäß den sog. "Atzensberger Beschlüssen" im jährlichen Automatismus erhöht, gemäß dem Warenkorbindex. Damit nicht genug wurden immer wieder Zuschläge darauf gepackt und die Einführung des Nürnberger "Stadttarifes" vor einigen Jahren hat dann weiter zu einer wesentlichen Steigerung der Fahrpreise geführt. So erhöhte sich beispielsweise die Einzelfahrt in nur 5 Jahren um 43% und die einst so hoch gelobte Mobicard um rund 30%.

Das sind Erhöhungen, die in keinem Verhältnis zur Einkommensentwicklung der Bürger stehen. Wir halten, wie bereits in den letzten Jahren hier im Rat von uns vorgebracht, eine "Denkpause" bei den Fahrpreisanhebungen für nötig, um sich Gedanken darüber zu machen, wie man aus der Preisspirale der ständigen Erhöhungen heraus kommen kann. Für automatisierte Preisanhebungen ohne Obergrenze haben die Bürger mit Recht keinerlei Verständnis mehr. Wir halten eine "Preisbremse" jetzt für unbedingt notwendig, weil die diejenigen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, nicht immer mehr belastet werden dürfen (...).

"Chemnitz" kann überall sein...

Unfassbar: Die Bluttat von Chemnitz veranlasst die "Linken" wie "Schwarzen" nur gegen Rechts zu demonstrieren und zu agieren. Wir dagegen trauern um das (die) Opfer und fordern politische Konsequenzen. Es handelt sich auch keineswegs um eine Einzeltat, wie immer gesagt wird.

Die Proteste gegen die bisherige Asyl- und Einwanderungspolitik in Chemnitz und anderswo sind mehr als verständlich und berechtigt. Diese in ihrer Gesamtheit zu diskriminieren oder gar zu kriminalisieren zeigt schäbigstes Verhalten durch Politik und Medien. Das Verbrechen von Chemnitz reiht sich ein in eine ganze Reihe ähnlicher Vorfälle mit sogenannten "Flüchtlings" in ganz Deutschland. Fast immer spielt auch das Versagen der Behörden mit eine

Rolle, da Abschiebungen einfach nicht erfolgen und eine effektive Kontrolle der "Zuwanderer" oft nicht stattfindet. Auch in Nürnberg hatten wir bereits mindestens zwei schwere Verbrechen durch Zuwanderer, die öffentlich bekannt geworden sind. Oftmals wird ja bei Gewalttaten die Nationalität der Täter verschwiegen. Am Ostermontag 2011 wurde die 76-jährige Geschäftsfrau Frieda Hoose in ihrem Lotto- und Zeitschriftenladen brutal überfallen und getötet. Und im Dezember letzten Jahres sprang ein junger Kameruner ohne jeglichen Grund eine zufällig vorbeikommende Rentnerin in St. Leonhard an, prügelte auf diese ein und verletzte die Frau schwer. Erst Monate später konnte diese das Krankenhaus wieder verlassen.

Bereits 2017 betrug der Anteil der in der Amtssprache "nicht-deutschen Tatverdächtigen" an der Gesamtkriminalität 44,6 %. Die der neuen "Zuwanderer" bereits auf 13,1 %. Wenn jetzt nicht die Politik reagiert, wann dann? Es geht nicht darum eine ganze Gruppe unter Generalverdacht zu stellen. Aber fest steht, dass mit den sogenannten "Flüchtlings" auch Kriminelle ins Land kommen und wir diese nicht feststellen, dingfest machen, und wieder außer Landes bringen. Dieser Zustand muss beendet werden! Die BIA wird deshalb im Stadtrat einen Zwischenbericht über die

Videobotsch



Bild: DS-TV



"Integration über alles...?"

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause wurden im Nürnberger Stadtrat überarbeitete "Leitlinien zur Integrationspolitik vorgelegt und fast einstimmig beschlossen, gegen die zwei Stimmen der BIA-Vertreter. Stadtrat Ralf Ollert wies in der Beratung darauf hin, dass diese "Leitlinien" gar nicht abstimmungsfähig sind, weil sie zum Teil geltenden Gesetzen und dem Grundgesetz entgegenstehen. Zudem entsprechen sie nicht der Lebenswirklichkeit, wie sie von den Bürgern tagtäglich wahrgenommen wird.

Selbstverständlich muss das friedliche Zusammenleben aller Menschen das Ziel auch der städtischen Politik sein. Eine gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe kann es jedoch schon aus rechtlichen Gründen nicht geben, da es Rechte und Pflichten gibt, die eben nur Staatsbürgern vorbehalten sind. Und diese müssen, das ist unsere Auffassung, auch Herr im eigenen Hause bleiben. Es kann nicht sein, dass jeder, der sich zufällig bei uns aufhält, über unser Gemeinwesen mitbestimmen kann. Hier ist Integration sehr wohl eine Bringschuld derjenigen, die zumindest längere Zeit bei uns bleiben wollen. Dass diese Bereitschaft oft nicht sehr ausgeprägt ist, sieht man nicht zuletzt an dem türkischen Bevöl-

kerungsanteil, der am Liebsten unter sich bleibt und mehrheitlich die Politik der Türkei und ihres Präsidenten Erdogan unterstützt. Wir empören uns hierüber nicht, zeigt es doch, dass eine Integration von raum- und kulturfremden Menschen gescheitert ist und von der Mehrheit der Betroffenen und auch der einheimischen Bürger gar nicht gewünscht wird.

Das dies selbst bei überbezahlten Spitzensportlern nicht greift, zeigt uns der jüngste Fall des Fußballers Özil, dessen gutes Recht es ist, sich mit "seinem" Präsidenten ablichten zu lassen. Nur gehört er eben nicht in eine deutsche Nationalmannschaft, mit der ihm außer geschäftlichen Interessen nichts verbindet. Der jetzt erfolgte Rückzug ist daher nur folgerichtig.

Dass es angesichts dieser Erfahrungen möglich sein soll, sogar Wirtschaftsflüchtlinge aus dem fernsten Afrika zu integrieren, ist objektiv

völlig unmöglich und letztlich auch nicht wünschenswert. Da jedes Volk das Recht auf seine eigene Kultur und Lebensweise hat und dies am Besten und sinnvollsten in seinem eigenen Land verwirklichen kann. Die Fluchtursachen zu bekämpfen sowie Hilfe vor Ort zu leisten, statt Einladungen auszusprechen, Schiffspassagen zu organisieren und jeden, auch hier vor Ort, freudig aufzunehmen, muss die vorrangige Aufgabe der Politik sein. Eine weitere Zuwanderung kann auch unsere Nürnberger Stadtentwicklung nicht leisten und dies führt zu einer weiteren unabwägbaren Belastung unseres Gemeinwesens, der Sozialsysteme und der Infrastruktur. Die Ablehnung der undifferenzierten Integrationspolitik mit Rassismus und Diskriminierung gleichzusetzen, wie dies in den Leitlinien suggeriert wird, zeigt mit welchen Mitteln gegen Andersdenkende vorgegangen wird. Die herrschende Politik und ihre Protagonisten wollen diejenigen Bürger diskriminieren

und ausgrenzen, die sich heute gegen die herrschende Zuwanderungspolitik wenden und diese ändern wollen. Dies ist unredlich und einer demokratischen Auseinandersetzung unwürdig. So geht man nicht mit eigenen Bürgern um, die immer höhere Steuern und Abgaben verkraften müssen, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren.

Mitnichten sind die Mehrheit der Kritiker "ausländerfeindlich", sondern setzen sich vielmehr für das Lebensrecht, die Kultur und das Wohlergehen aller Völker ein. Als Deutsche wollen wir aber auch sicherstellen und politisch entsprechend handeln, dass Deutschland mit unserem Nürnberg auch in Zukunft unsere lebens- und liebenswerte Heimat bleibt. Diesem Ziel ist die BIA verbunden und vertritt die Interessen unserer einheimischen Bürger, während sich andere politischen Kräfte offenkundig längst vom Denken und Fühlen des eigenen Volkes verabschiedet haben.

www.bia-nuernberg.de

Erscheinungsvermerk: Anschrift Herausgeber und Verlag:

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg, E.i.S.

Bürgertelefon: 0160/98232072, ePost: bia-nuernberg@gmx.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Bürgerinitiative A (BIA) e. V.
Postfach 61 01 06 · 90221 Nürnberg



Bürgertelefon
0160/98232072

Nächste Ausgabe: Januar 2019

haft Ralf Ollerts (BI-A StR) zu Chemnitz : <https://youtu.be/9-LTmBanqKs>



Bild: DS-TV

Sicherheitslage durch die Polizei beantragen und die Stadtverwaltung zu einer Stellungnahme über die Situation bei den Abschiebungen auffordern.

Ralf Ollert, Stadtrat



Sprecher der BIA-Stadtratsgruppe
siehe Videolink oben (blauer Balken)

Ralf Ollert

Nürnberger Stadtrat (BIA)

Armut in Nürnberg

(Stellungnahme zum "Armutsbericht")

Angeblich geht es uns ja Allen so gut. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus.

Dies zeigt nunmehr auch in nackten Zahlen der im Stadtrat vorgelegte "Armutsbericht". Statistisch gesehen sind 23 % der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger "armutsgefährdet", mit steigender Tendenz. Gemessen am Nürnberger Durchschnittseinkommen sind es "nur" 19 Prozent, weil wir in Nürnberg in der Regel ein niedrigeres Lohn- und Gehaltsniveau haben, als in vielen anderen Landesteilen. Alleine diese Tatsache wirkt sich negativ auf das verfügbare zu verkonsumierende Einkommen aus, weil die Mieten in Nürnberg nicht mehr niedriger sind als in anderen

Großstädten und in den letzten Jahren überproportional anstiegen. Diese Fixkosten, wie Miete und Energie, belasten immer mehr die Haushalte.

Die Verwaltung hat in ihren ausführlichen Sachdarstellungen zur heutigen Stadtratssitzung zwar die Entwicklung der Armutsgefährdung relativiert, aber die Einkommensungleichheit ist faktisch gegeben und spiegelt sich in der Realität der Kommune wider:

Rund 60 500 Bürger erhalten inzwischen Sozialleistungen, das heißt mehr als jeder 10. Nürnberger. Alleine diese Zahl zeigt, das Handlungsbedarf besteht. Dazu werden in den nächsten Jahren weitere erhebliche Personenkreise von Zuwanderern kommen, wenn dieser Entwicklung nicht ein Riegel

>> Fortsetzung S. 4